

## Vom Rand zur Mitte?

### Eine fragwürdige Rechtsextremismusstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Klaus Schroeder

Die Studie „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“,<sup>1</sup> herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, beansprucht, mittels einer repräsentativen Befragung das rechtsextreme Personenpotenzial in Deutschland aufzuzeigen und gleichzeitig Vorschläge zu unterbreiten, wie mit radikal-antidemokratischen, rechtsextremen Einstellungen politisch umzugehen sei. Daher ließen die Autoren neben der Erhebung von Aussagen zur politischen Einstellung und einigen typischen sozioökonomischen Daten auch einen psychologischen Test durchführen, der es ihnen erlauben sollte, rechtsextreme Ansichten und Persönlichkeitstypen zueinander in Bezug zu setzen. Explizit geht es in dieser Studie nicht um Darstellung und Vergleich von Straf- oder Gewalttaten von Rechtsextremisten, sondern nur um politische Einstellungen.

Entgegen der sinnvollen Vorgehensweise, im Rahmen einer Studie eine Definition oder zumindest eine Problematisierung des untersuchten Gegenstandes zu liefern, verzichten die Autoren auf eine solche Grundlage. Den Begriff „Rechtsextremismus“ lehnen sie, nicht ohne ihn trotzdem weiter zu benutzen, ab, weil dieser angeblich keine Differenzierung zwischen Extremismen gestatte und die politischen Ränder an der Mitte messe. Es scheint den Autoren entgangen zu sein, daß es sich bei der Kennzeichnung als „Extremismus“ nicht um einen relativen Maßstab auf der Grundlage von Quantitäten handelt, der sich durch einen allgemeinen „Rechtsruck“ oder „Linksruck“ verschieben ließe, sondern um einen absoluten normativen Maßstab auf der Basis der Werteordnung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Bezüglich der vermuteten Ursachen von rechtsextremen Einstellungen sprechen sich die Autoren zwar für ein multifaktorielles Erklärungsmodell aus, folgen aber in ihrer Arbeit unausgesprochen weitgehend dem Ansatz von Wilhelm Heitmeyer, der Rechtsextremismus als gleichsam naturgemäße Folge unseres Gesellschaftssystems charakterisiert. Die positive Bezugnahme auf Christoph Butterwegge, der noch radikaler als Heitmeyer das marktwirtschaftliche System als Ursache für Rechtsextremismus ansieht, unterstreicht dies. Auch die Tatsache, daß die Autoren ihre Zahl der ausgewiesenen Rechtsextremen für noch zu niedrig halten und daher künftig auch „modernisierte Formen“ rechtsextremer Einstellungen, wie zum Beispiel subtilen Rassismus, miteinbeziehen wollen,<sup>2</sup> zeigt, daß ein objektives wissenschaftliches Vorgehen von dieser Studie nicht erwartet werden kann.

Die Literaturliste der Studie enthält vor allem Publikationen von links und linksradikal eingestellten Autoren wie Butterwegge und Heitmeyer. Autoren bzw. Studien, die diesen Zweig der Rechtsextremismusforschung – seine theoretischen Erklärungsansätze ebenso wie die empirische Vorgehensweise – kritisieren, werden nicht berücksichtigt. Aus Sicht der Ergebnisse ihrer Befragung bewerten die Autoren verschiedene theoretische Erklärungsansätze zum Rechtsextremismus und stellen fest, daß viele Faktoren

---

<sup>1</sup> Decker, Oliver/Brähler, Elmar (unter Mitarbeit von Norman Geißler): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2006. 2 Ebd., S. 162.

eine Rolle spielen (können), so die Sozialisationserfahrungen, die Desintegrations- und Deprivationserfahrungen im Lebensverlauf, die psychische Verfassung des Einzelnen etc. „Offensichtlich hängt dann von der individuellen Bewertung der erfahrenen oder drohenden Desintegration stark ab, ob eine rechtsextreme Einstellung ausgebildet wird.“<sup>3</sup> Mit anderen Worten: Die Autoren wissen nicht, was ursächlich ist, und verabschieden sich vordergründig und pauschal von einer „monokausalen Erklärung“, ohne aber eine Alternative anzubieten.

### *Konzeption und Durchführung*

Eine rechtsextremistische Einstellung definieren die Autoren der Studie anhand von sechs Dimensionen: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Antiparlamentarismus bzw. eine demokratiefeindliche Einstellung wurden erstaunlicherweise und ohne Erläuterung nicht in die Teilskalen bzw. die Gesamtskala miteinbezogen. Anscheinend befürchteten die Autoren, daß eine entsprechende Teilskala den Anteil der Rechtsextremisten in Ostdeutschland nennenswert erhöhen würde. Für jede der sechs Dimensionen wurden drei Items ausgewählt, die zusammen eine Skala bilden. Alle sechs Teilskalen zusammen bilden die Gesamtskala, die die Identifizierung eines rechtsextremen Weltbildes erlauben soll. Die Befragten haben fünf Antwortmöglichkeiten und erhalten auf ihrem „Rechtsextremismuskonto“ eine entsprechende Punktzahl: von „lehne voll und ganz ab“ (1) bis „stimme voll und ganz zu“ (5). In der selben Befragung wurden neben diesen achtzehn Items zu einer rechtsextremistischen Einstellung auch Haltungen zum Autoritarismus, zur Demokratie, Sexismus, Gewaltbereitschaft und soziale Dominanzorientierung angesprochen. Darüber hinaus wurden das erinnerte elterliche Erziehungsverhalten und die Fähigkeit, mit belastenden Lebensereignissen umzugehen, ebenso abgefragt wie Dispositionen in Bezug auf Ängstlichkeit und Depressivität sowie Themen wie Selbstwert und Lebenszufriedenheit. Fragen zur Religiosität, zur aktuellen sozialen Lage und zur Bestimmung des Wertekosmos wurden ebenfalls gestellt.

Befragt wurde die deutschsprachige Bevölkerung ab vierzehn Jahren mittels „Face-to-Face“-Interviews, das heißt, die Fragebögen mußten in Anwesenheit des Interviewers ausgefüllt werden. Im Mai/Juni 2006 wurden im Ergebnis 4 872 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit befragt, knapp 3 900 Westdeutsche und knapp 1 000 Ostdeutsche.<sup>4</sup> Nicht gefragt und entsprechend nicht differenziert wurde nach dem „Immigrationshintergrund“ der Interviewten, so daß eingebürgerte Ausländer und deutschstämmige Spätaussiedler nicht gesondert aufgeführt werden. Vor allem erstere könnten jedoch insbesondere in Westdeutschland den Anteil antisemitisch Eingestellter erhöht haben. Die Aufschlüsselung der Befragten nach Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, Einkommensklasse etc. entspricht bei den meisten Dimensionen der realen Situation in Deutschland. Nur in einer, allerdings für das Ergebnis entscheidenden Kategorie finden sich deutliche Abweichungen zur tatsächlichen Verteilung. Während laut Statistischem Bundesamt mehr Personen im früheren Bundesgebiet als in den neuen Ländern die Fachhochschul- oder Hochschulreife besitzen (22,3 gegenüber 19,2 Prozent), finden sich unter den Befragten in dieser Studie mehr „Hochgebildete“ im Osten als im Westen (17,2 gegenüber 13,3 Prozent). Da gerade diese Gruppe einen nur ge-

---

3 Ebd., S. 166.

4 In etwa 1 800 Fällen kam es zur Verweigerung des Interviews.

ringen Anteil an den des Rechtsextremismus Verdächtigten stellt, ergibt sich bei der vergleichenden Betrachtung eine Verzerrung zugunsten des Ostens und zu Lasten des Westens. Auf diese wie auch immer zustande gekommene Schiefelage in der Struktur der Befragten hätten die Autoren zumindest hinweisen und sie bei ihrer vergleichenden Ost-West-Interpretation berücksichtigen müssen.

Ebenfalls fragwürdig ist die Entscheidung, eine teilweise Zustimmung zu einem Statement als Ausweis einer latent rechtsextremistischen Einstellung zu werten. Die für die Autoren überraschend häufigen „teils-teils-Antworten“ sind eine logische Folge der gewählten pauschalierenden Formulierung vieler Items. Wer keine der eigenen, differenzierten Sicht korrespondierende Antwortmöglichkeit sieht, wird deshalb die Antwortkategorie teils/teils wählen. Die ungenauen und undifferenzierten Fragestellungen führen zwangsläufig zu unbrauchbaren Ergebnissen. Diese dann in Beweise für latenten Rechtsextremismus umzudeuten, ist schlichtweg skandalös.

### *Tauglichkeit der Teilskalen und Statements*

Ein, wenn nicht das entscheidende Problem bei der Messung von rechtsextremistischen Einstellungen ist die Operationalisierung der Einstellungsdimensionen mittels Statements bzw. Items, die den Befragten zur Beantwortung bzw. Bewertung vorgelegt werden. Durch das Skalungsverfahren soll erreicht werden, daß einzelne, eventuell für viele Befragte mißverständliche Items durch andere, eindeutig formulierte ausgeglichen werden. Um so wichtiger ist es, die Items inhaltlich möglichst eindeutig zu formulieren, um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten. Dabei sollte die notwendige Trennschärfe zwischen links- und rechtsextremen Einstellungen beachtet werden. Diese Notwendigkeit sehen die Autoren freilich nicht, da sie den Extremismusansatz ablehnen. Vor diesem Hintergrund können die mitunter beträchtlichen Diskrepanzen zwischen den Anteilen einzelner Items, den Teilskalen und der Gesamtskala nicht überraschen.

Bei der Teilskala 1 „Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur“ stimmen den drei Items zwischen 9 und 26 Prozent der Befragten in Deutschland insgesamt zu: in Ostdeutschland zwischen gut 10 und 29 Prozent und im Westen zwischen knapp 9 und gut 25 Prozent. Die drei Statements geben freilich keinen Hinweis darauf, warum eine Zustimmung die „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ bedeutet. Bei allen drei Statements können Befürworter einer linksautoritären Diktatur ebenfalls beipflichten. Hier vermischen sich also links- und rechtsextreme Positionen, worauf die durchweg höhere Befürwortungsquote im Osten hindeutet. Die Items lauten:

- „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die beste Staatsform.“
- „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“
- „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“

Es kann zumindest nicht ausgeschlossen werden, daß sich unter den Befürwortern des zweiten Statements nicht auch Sympathisanten des „Basta-Kanzlers“ befinden. Die Kennzeichnung des „Führers“ als einer Person, die „zum Wohle aller“ regiert, läßt zudem offen, ob die Befürworter hierunter einen rechtsextremen „Führer“ verstehen, da einem großen Teil der Befragten bekannt sein dürfte, daß der nationalsozialistische Führer vergangener Zeiten selbstverständlich nicht zum „Wohle aller mit starker Hand

regierte“. Die Autoren werten die beträchtliche Differenz zwischen Ost und West von bis zu knapp vier Prozentpunkten als „im Osten geringfügig mehr Zustimmung“. Die Statements der Teilskala 2 „Chauvinismus“ erhalten deutlich mehr Zustimmung, im Westen stärker als im Osten. Die Befürwortung reicht in Deutschland insgesamt von gut 28 bis knapp 40 Prozent. Diese drei Statements als „rechtsextremistisches Gedankengut“ zu klassifizieren, erfordert jedoch erhebliche Phantasie.

Wenn zu Zeiten der Fußballweltmeisterschaft – als sich in weiten Teilen der Bevölkerung ein aufgeklärtes Nationalbewußtsein zeigte, das andere Völker und Nationen in keiner Weise abwertete – knapp 40 Prozent das vierte Item „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ bejahen, kann dies nur mit sehr viel (politisch motivierter) Unterstellung als nationalistische, chauvinistische oder rechts-extreme Einstellungsdimension gedeutet werden. Das Item 5 „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ haben sicherlich auch viele Befragte befürwortet, die die rot-grüne Ablehnung einer Beteiligung am Irak-Krieg als einen Akt des Widerstandes gegen die USA interpretieren und dem vom ehemaligen Kanzler Schröder propagierten „deutschen Weg“ Sympathie entgegenbrachten. Selbst das Item 6 „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ kann für sich genommen schwerlich als pures Element einer chauvinistischen Einstellung gewertet werden. Die Ablehnung könnte gegebenenfalls eben auch bedeuten, deutsche Politik sollte auf Macht und Geltung verzichten, die Deutschland auf Grund seiner Größe und seines Einflusses in der Welt zustehen.

Die Items der dritten Teilskala „Ausländerfeindlichkeit“ erhalten eine noch höhere Zustimmung, und zwar zwischen 34 und knapp 44 Prozent, wobei die Befürwortung im Osten deutlich höher als im Westen ausfällt. Das Item 7 „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, das nach dem Item 4 die zweithöchste Zustimmung erhielt, kann zwar auf Grund des pauschalierenden Charakters des Statements als eine ausländerfeindliche Einstellung betrachtet werden. Bei Nachfragen würde sich freilich herausstellen, daß viele Befragte, wahrscheinlich sogar eine Mehrheit, nicht bei allen Ausländern ein derartiges Motiv vermuten, sondern nur bei vielen. Da weder die Befragten noch die Fragesteller Genaueres über die Motive von einwandernden Ausländern wissen, sind Zustimmung wie Ablehnung spekulativer Natur. Gleichwohl überrascht hier angesichts der hohen Transfers von West nach Ost, gerade im Bereich der sozialen Leistungen, der überdurchschnittlich hohe Anteil ostdeutscher Befürworter. Auch die Befürwortung des Items 8 „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ kann nicht zweifelsfrei als eine ausländerfeindliche Aussage interpretiert werden. Nach dieser Logik müßten auch die Maßgaben von Arbeitsämtern, denen zufolge zuerst deutsche Arbeitslose bei Saisonarbeiten etc. eingestellt werden müssen, oder die von vornherein befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in anderen Ländern als rechtsextrem eingestuft werden. Die Autoren vermuten bei den Befürwortern jedoch eine implizit rassistische Sichtweise. Selbst das Item 9, „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, das von gut 39 Prozent der Befragten bejaht wird, fällt nicht unbedingt unter eine ausländerfeindliche Sichtweise, da nicht definiert ist, wann „Überfremdung“ beginnt oder ob das Wort „überfremdet“ rassistisch konnotiert ist. Generell neigen Menschen dazu, Personen aus ihrer Umgebung eher positive, Fremden dagegen (unabhängig davon, ob sie Ausländer sind) eher negative Eigenschaften zuzusprechen. Gleichzeitig sind oftmals Gruppenstereotypen im Denken der Menschen fest verankert. Diesen Gruppenstereotypen entgegenzuwirken und an ihre

Stelle eine differenzierte Sicht zu setzen, ist zentrale Aufgabe einer zivilen Gesellschaft. Eine Gesellschaft muß aber das Recht haben, zu diskutieren und festzusetzen, wer ins Land kommen und wer hier leben darf, wie unter anderem die Diskussion um „Ehrenmorde“ und „Zwangsheirat“ zeigen. Indem die Fragesteller diese Möglichkeit negieren bzw. auch gar nicht – positiv – nach Integrationskapazitäten fragen, erzeugen sie Zustimmungswerte zu einer „rechtsextremen Einstellungsdimension“, die es realiter in dieser Höhe nicht gibt.

Die hohen Zustimmungswerte für die drei Items der Teilskala „Ausländerfeindlichkeit“ sind sicherlich auch Resultat der pauschalierenden Statements. Diese zwingen die Befragten zu einer pauschalierenden Antwort, obschon sie persönlich vielleicht eine differenziertere Sicht haben. So würde sicherlich eine Mehrheit zustimmen, wenn behauptet würde, einige oder viele Ausländer kämen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen, andere wiederum nicht. Indem aber nur nach *den* Ausländern gefragt wird, neigen anscheinend viele dazu, hier zuzustimmen, weil es ihrer Meinung nach viele Ausländer gibt, die aus diesem Grund hierherkommen. Es bleibt zudem offen, ob die Befragten das Verhalten der Ausländer billigen oder nicht, da nur nach den Motiven gefragt wird und nicht nach der Beurteilung eines konkreten Verhaltens. Gleiches gilt für das Item „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, wo sicherlich bei näherem Nachfragen viele, die zugestimmt haben, auf bestimmte Ausländergruppen und deren Verhaltensweisen verweisen würden und nicht generell auf Ausländer. Die Autoren jedoch halten jegliche Vorstellung einer Überfremdung für rassistisch, gehen also davon aus, daß es „Überfremdung“ überhaupt nicht geben kann.

Den Statements der Teilskala 4 „Antisemitismus“ stimmen im Westen deutlich mehr Befragte als im Osten zu. Ein Grund hierfür könnte auch sein, daß Teile des linken und linksradikalen Milieus stark antisraelisch respektive in einer spezifischen 68er-Tradition antizionistisch bis antisemitisch eingestellt sind; hier dürfte nicht zuletzt in einer „antikapitalistischen“ Tradition einigen Aussagen zugestimmt worden sein. Diese Zusammenhänge können den Effekt erhellen, der sich bei Item 10 ergab: „Auch heute noch ist der Einfluß der Juden zu groß“. Dieses Item erhielt im Westen mit gut 20 Prozent eine doppelt so hohe Zustimmung wie im Osten. Das Item 11 „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ wird im Westen mit knapp 16 Prozent deutlich stärker befürwortet als im Osten (6,1 Prozent). Diese eindeutig antisemitische Einstellungsdimension haben im Westen vermutlich auch viele links oder linksextrem Eingestellte mit Blick auf ihre Interpretation der aktuellen Situation im Nahen Osten bejaht. Bei einer vorangegangenen Befragung, an der ein Autor der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie mitgewirkt hat, stimmte diesem Statement mehr als jeder vierte Abiturient zu. Gerade in diesem Milieu finden sich aber nur sehr wenige Anhänger rechtsextremistischen Gedankenguts, linke, sogar linksextreme Einstellungen treten hier hingegen stärker auf. Das Item 12 „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ (West 14,7 und Ost 9,0 Prozent Zustimmung) stellt zweifelsohne eine Herabwürdigung dar, obgleich das Item sprachlich mißverständlich formuliert ist. Gerade der thematische Zusammenhang Antisemitismus macht allerdings deutlich, daß Untersuchungen solcher Provenienz trotz methodischer und inhaltlicher Schwächen sehr ernstzunehmende Defizite und Probleme reflektieren. An dieser Stelle erscheint deshalb weiteres und differenziertes Forschen notwendig, das etwa zwischen „herkömmlichem“ und „neuem“ Antisemitismus, zum Beispiel in Verbindung mit islamistischen Einflüssen, unterscheidet bzw. mögliche

Wechselbeziehungen deutlich macht. Politik, politische Bildung und weitere gesellschaftliche Bereiche würden so besser in die Lage versetzt, wirksam gegenzusteuern.

Die Items der Teilskala 5 „Sozialdarwinismus“ erhielten zwischen gut 10 Prozent und knapp 18 Prozent Zustimmung, wobei zweimal im Osten und einmal im Westen die Zustimmungsraten höher lag. Dem Item 13 „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ pflichteten knapp 20 Prozent im Osten und gut 17 Prozent im Westen bei. Ob alle Befürworter jedoch sozialdarwinistisch eingestellt sind oder nur etwas naiv annehmen, daß sich die „Stärkeren einer Gesellschaft“ durchsetzen sollten, bleibt offen. Sinnvoller wäre es gewesen, diese Einstellung zugespitzter abzufragen, etwa mit einem Statement wie „Der Stärkere muß sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt“. Gleichwohl deutet eine Bejahung auf eine sozialdarwinistische Grundeinstellung hin. Eindeutig sozialdarwinistisch fällt dagegen das Item 14 „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ aus. Die Befürwortung dieser Annahme weist unbestritten auf eine rechtsextremistische Einstellungsdimension hin (West 15,4 und Ost 12,5 Prozent), da weder Linksextremisten noch Demokraten hier zustimmen würden. Bei der Bejahung des Items 15 „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ (Ost 11,4 und West 9,8 Prozent) bleibt Spekulation, wie die Befragten den Begriff „unwertes Leben“ aufgefaßt haben und inwieweit sie sich der Tatsache bewußt waren, daß es sich hier um das ideologische Vokabular der Nationalsozialisten handelt. Das Vorgehen, den Befragungsteilnehmern letztlich suggestiv formulierte Fragestellungen vorzulegen, die insbesondere nationalsozialistisches Vokabular enthalten, erscheint zumindest problematisch; auch die Möglichkeit taktischen Antwortverhaltens ist in diesem Zusammenhang nicht gänzlich auszuschließen. Generell sollten quantitative Befragungen durch qualitative ergänzt werden, um zumindest die Bandbreite möglicher Antwortmotive zu ergründen. Dabei würde sich herausstellen, daß manche Unterstellungen der Autoren auf fiktiven Annahmen beruhen. In dieser Studie wurde sogar darauf verzichtet, stichprobenartig nachzufragen, wie die Interviewten die Items/Statements verstehen oder interpretieren. So können die Autoren nicht einmal Unterschiede in der Wahrnehmung der Items herausfinden, die aus der unterschiedlichen Sozialisation in der DDR und der alten Bundesrepublik resultieren.

Die Statements der sechsten Teilskala „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ erhalten im Westen deutlich mehr Zustimmung als im Osten, was sich wahrscheinlich zum Teil auf die unterschiedliche gesellschaftliche Betrachtung und Darstellung des Nationalsozialismus/Faschismus in der DDR und der Bundesrepublik zurückführen läßt. Dem Item 16 „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“ haben sicherlich auch Befragte zugestimmt (Ost 7,7 und West 12,7 Prozent), die persönlich diese Aussage nicht befürworten, aber vermuten, daß andere dies so sehen würden. Sinnvoller wäre es, das Item so zu formulieren, daß der Befragte Stellung beziehen muß („Ohne Judenvernichtung würde *ich* Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“). Die von den Autoren der Studie gewählte Formulierung führt daher zu völlig unbrauchbaren Ergebnissen. Daß dem Item 17 „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“ im Osten weniger Personen als im Westen zugestimmt haben, ergibt sich vermutlich aus dem unterschiedlichen Stellenwert und der unterschiedlichen Instrumentalisierung des Themas in BRD und DDR. Die Bejahung des Items 18 „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ entspringt höchstwahrscheinlich der Erfahrung bzw. nostalgischen Verbrämung vor allem älterer Menschen, die die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Einführung von Ferienprogrammen etc. als „gute Seite“ des Natio-

nalsozialismus ohne weitere Kontextberücksichtigung ansehen. Eine generelle „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ hierin zu sehen, ist übertrieben, beweist doch das „auch“ im Statement, daß die Befragten ebenfalls negative Aspekte des Nationalsozialismus wahrnehmen. Die Autoren aber behaupten: „Auch die grundlegend antidemokratische Verfasstheit Nazideutschlands wird zugunsten ‚guter Seiten‘ geleugnet.“<sup>5</sup> Diese Aussage wird von den empirischen Daten in keiner Weise gestützt. Nebenbei: Wer den Nationalsozialismus ausschließlich oder überwiegend positiv sieht, mußte auf Grund der Formulierung hier ebenfalls zustimmen, obschon seine Begründung gänzlich anders ausfallen würde als bei denjenigen, die „auch gute“, aber eben auch schlechte Seiten sehen.

### *Methodische Defizite*

Neben den bereits erwähnten Fehlern bei der inhaltlichen Operationalisierung des Themas und der Konstruktion der Statements, die zumindest zur Unbrauchbarkeit von Teilergebnissen führen, gibt es weitere gravierende methodische Mängel.

Bei allen Teilskalen fällt eine beträchtliche Differenz zwischen dem Anteil derjenigen, die alle Statements teilweise oder uneingeschränkt befürwortet haben, und den Zustimmungswerten für die einzelnen Aussagen auf. Bei der Teilskala I „Rechtsautoritäre Diktatur“, auf deren Konstruktionsfehler bereits hingewiesen wurde, springt das Mißverhältnis von 4,8 gegenüber maximal 26 Prozent geradezu ins Auge, was darauf hindeutet, daß viele Befragte mit der Bejahung des Statements nicht unbedingt eine rechtsautoritäre Diktatur anstreben möchten. Selbst von den knapp 5 Prozent, die alle Items befürworten, dürfte ein nennenswerter Anteil Sympathien für eine linksautoritäre Diktatur hegen.

Bei der Teilskala II „Chauvinismus“ fällt der Unterschied etwas geringer aus, da alle drei Statements für sich genommen nicht als ausschließlich rechtsextremes Gedankengut eingeordnet werden können. Den Items der Teilskala III „Ausländerfeindlichkeit“ wird in etwa gleichem Maße zugestimmt, allerdings fällt auch hier der Anteil derjenigen, die alle drei Aussagen teilen, deutlich geringer aus. Ähnlich wie bei der Teilskala I offenbart der Vergleich zwischen der Bejahung aller drei Items der Teilskala IV „Antisemitismus“ und der der einzelnen Statements, daß nicht nur rechtsextremistisch Eingestellte zugestimmt haben dürften. Am deutlichsten fällt die Differenz zwischen dem Item „Auch heute noch ist der Einfluß der Juden zu groß“ und der Teilskala insgesamt aus. Überraschenderweise ergibt sich auch bei der Teilskala V „Sozialdarwinismus“ ein beträchtlicher Unterschied zwischen der Zustimmung zu allen drei Statements und den Einzelwertungen. Dies deutet darauf hin, daß die einzelnen Items von den Befragten nicht unbedingt sozialdarwinistisch ausgelegt wurden. Zum Beispiel hat mehr als jeder Zweite, der ankreuzt, es gebe wertvolles und unwertes Leben, die beiden anderen Statements nicht befürwortet. Noch deutlicher fällt die Diskrepanz zwischen dem Gesamturteil und dem Item „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ aus. Während knapp 18 Prozent dem Statement zustimmen, bejahen nur 4,5 Prozent alle drei Aussagen.

Ein ähnliches, allerdings nicht ganz so ausgeprägtes Bild zeigt sich bei der Teilskala VI „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, bei der zum Beispiel von den ostdeutschen Befragten knapp 8 Prozent der Behauptung „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“ beipflichten, aber nur 2 Prozent allen drei

---

5 Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 41.

Skalen/ Items	Gesamt	Ost	West
I. Rechtsgerichtete Diktatur	4,8	6,5	4,4
1. Diktatur bessere Staatsform	9,0	10,4	8,7
2. Führer mit starker Hand	15,2	17,5	14,6
3. Nur eine starke Partei	26,0	29,0	25,2
II. Chauvinismus	19,3	16,1	20,1
1. Mut zu starkem Nationalgefühl	39,5	38,7	39,7
2. Durchsetzen deutscher Interessen	30,8	29,4	31,2
3. Deutschland angemessene Macht und Geltung verschaffen	28,4	24,8	29,4
III. Ausländerfeindlichkeit	26,7	30,6	25,7
1. Ausländer nutzen Sozialstaat aus	37,0	43,8	35,2
2. Ausländer bei knappen Arbeitsplätzen wieder nach Hause schicken	34,9	38,4	34,0
3. Deutschland durch Ausländer überfremdet	39,1	40,5	38,8
IV. Antisemitismus	8,4	4,2	9,5
1. Einfluss der Juden zu groß	17,8	9,2	20,1
2. Juden arbeiten mit üblen Tricks	13,8	6,1	15,8
3. Juden passen nicht zu Deutschen	13,6	9,0	14,7
V. Sozialdarwinismus	4,5	6,2	4,0
1. Stärkere soll sich in der Gesellschaft durchsetzen	17,7	19,8	17,2
2. Die Deutschen sind anderen Völkern von Natur aus überlegen	14,8	12,5	15,4
3. Wertvolles und unwertes Leben	10,1	11,4	9,8
VI. Verharmlosung des Nationalsozialismus	4,1	2,0	4,6
1. Ohne Judenvernichtung wäre Hitler heute als großer Staatsmann angesehen	11,6	7,7	12,7
2. Geschichtsschreibung übertreibt die Verbrechen des Nationalsozialismus	8,3	5,1	9,2
3. Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten	11,0	8,7	11,6
Personen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild (Summenwert > 63)	8,6	6,6	9,1
Personen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild (Summenwert > 72)	etwa 2,4	n.a.	n.a.

\*Anteil der Befragten, die voll und ganz oder überwiegend zugestimmt haben; Quelle: Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 35ff.

Tabelle 1: *Befürwortung\* der Teilskalen und der Items im Ost-West-Vergleich (in Prozent)*

Statements. Angesichts dieser mitunter beträchtlichen Diskrepanz ist es wissenschaftlich höchst unseriös, schon die Zustimmung zu einzelnen Statements als Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts anzusehen. Die uneingeschränkte oder überwiegende Zustimmung zu den jeweiligen drei Items einer Teilskala werten die Autoren bereits als „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“.<sup>6</sup> Richtig hätte es jedoch heißen müssen,

<sup>6</sup> Ebd., S. 42.



daß die Zustimmung zu allen drei Items einer Teilskala ein Element eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes darstellt. Ansonsten dürften sie von einem „geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ nur sprechen, wenn die Befragten alle 18 Items mehr oder weniger bejaht hätten. Die Aufwertung der Teilskalen zu Dimensionen rechtsextremistischen Denkens unterschlägt freilich, daß bei der Teilskala I „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ selbstverständlich auch die Freunde einer linksautoritären Diktatur den Items beipflichten können. Die Items der Teilskala IV „Antisemitismus“ befürworten zum Teil auch linke Israel-Kritiker und die Teilskala II „Chauvinismus“ nahezu alle Befragten, so daß nur die Teilskalen III „Ausländerfeindlichkeit“, V „Sozialdarwinismus“ und VI „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ überhaupt auf eine rechtsextreme Gesinnung hindeuten könnten. Doch sind die betreffenden Items denkbar ungünstig – teilweise tendenziös, häufig mißverständlich – gewählt, so daß von interpretationsfähigen oder belastbaren Ergebnissen nicht gesprochen werden kann.

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur*	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus*	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit*	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus*	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus*	4,1	4,6	2,0

Bevölkerung ab vierzehn Jahren (N = 4 872) (mit \* gekennzeichnete Werte sind statistisch bedeutsam unterschiedlich, -> hi-Quadrat nach Person  $p < .01$ ).<sup>7</sup>

Tabelle 2: *Rechtsextreme Einstellungsdimensionen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 (in Prozent)*

Die Zustimmungswerte zu den Teilskalen fallen – wie bereits ausgeführt – als Folge der gewählten Methode generell niedriger aus als bei den einzelnen Items, dennoch ergeben sich auf Grund der „weichen Formulierungen“, die im erläuterten Einzelfall keineswegs immer auf ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hinweisen, vor allem bei den Teilskalen „Chauvinismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“ sehr hohe Zustimmungswerte. Im Ost-West-Vergleich sehen wir bei der Befürwortung einer Diktatur und bei der Ausländerfeindlichkeit, aber auch beim Sozialdarwinismus mehr Befürwortung im Osten und bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus höhere Werte im Westen. Dabei differieren die Zustimmungswerte für die Teilskalen und die einzelnen Items im Osten ebenso wie im Westen beträchtlich. So bejahen nach Meinung der Autoren 6,5 Prozent der ostdeutschen Befragten alle drei Items der Teilskala I „Rechtsautoritäre Diktatur“, aber sogar knapp 30 Prozent das Statement „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Für den Westen stufen die Autoren 4 Prozent der Befragten als Sozialdarwinisten ein. Die Aussage „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ befürworten dagegen knapp über 17 Prozent. Den stärksten Zuspruch erhält in Ostdeutschland mit knapp 44 Prozent das Statement „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und in West-

<sup>7</sup> Ebd., S. 43.

deutschland mit knapp 40 Prozent die Aufforderung „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“. Aus dem geringen Anteil der Wahlstimmen, den rechtsextreme Parteien von den als rechtsextremistisch eingestuften erhalten, und aus den hohen Sympathiewerten der anderen Parteien schlußfolgern die Autoren, daß „die Befragten sich auf alle Parteien verteilen und insbesondere die großen Volksparteien ein hohes Integrationspotential zeigen. Selbst liberale Parteien wie die FDP und die Grünen und eine – ihrem eigenen Selbstverständnis nach – linke Partei wie Die Linke/PDS und die WASG haben einen hohen Anteil an Wählern mit ausländerfeindlichen Einstellungen unter ihrer Wählerschaft. Die Grünen fallen mit ihrem relativ hohen Anteil an antisemitischen Wählern auf.“<sup>8</sup> Spätestens hier hätte den Autoren klar werden müssen, daß die antisemitisch eingestellten grünen Wähler wahrscheinlich weniger zum Rechts- als zum Linksextremismus tendieren. An dieser Stelle wird die Schwäche der Beweisführung, die Befürwortung von Teilskalen schon als rechtsextremistisches Denken zu interpretieren, besonders deutlich. Da die Autoren auf einen Extremismus-Ansatz verzichten und zudem die jüngste programmatische Entwicklung rechtsextremer Parteien und Gruppen nicht thematisieren, können sie diese Verknüpfungen und Zusammenhänge auch nicht beleuchten.

Bei der Betrachtung des Wahlverhaltens von rechtsextremistisch Eingestellten erwähnen die Autoren gleichsam nebenbei die Berechnungsmethode ihrer Gesamtskala, die einen maximalen Summenwert von 90 Punkten umfaßt. Hiernach werden Befragte, die bei allen Statements auf eine Summe von mehr als 63 kommen, als rechtsextrem bzw. als Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild eingestuft. Des weiteren wird eine Gruppe von Befragten gebildet, die auf mehr als 72 Punkte kommt. In der Argumentation wird jedoch substantiell nicht zwischen beiden Gruppen unterschieden, obschon an anderer Stelle davon die Rede ist, daß die eine Gruppe (Summenwert > 63) Befragte mit einer „deutlichen rechtsextremen Einstellung“ und die andere Gruppe (Summenwert > 72) Personen mit einem „geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ umfassen würde.<sup>9</sup> An einer anderen Stelle der Studie wiederum werden alle Befragten, die einen Summenwert > 63 erreichen, als Personen mit einem „manifesten rechtsextremen Weltbild“ bezeichnet.<sup>10</sup> Schließlich werden alle Befragten mit einem Summenwert > 63 unter die Kategorie „Mensch mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild“ eingeordnet und damit die weiter vorne eingeführte Differenzierung wieder aufgehoben. Doch die Autoren gehen mit der Inflationierung ihres Rechtsextremismusbegriffes noch weiter. Als nicht rechtsextrem werden nur die knapp 37 Prozent der Befragten bezeichnet, die auf einen Summenwert von unter 37 kommen. Die dritte Gruppe mit einem Wert zwischen 37 und 63 Punkten, was knapp 55 Prozent der Befragten entspricht, wird von ihnen als „teils-teils-Antworter“ definiert, die „in einzelnen Dimensionen durchaus auch gewichtige rechtsextreme Züge aufweisen“.<sup>11</sup> Diese Personen müssen „zu einem gewissen Prozentsatz als latent rechtsextrem bezeichnet werden“. Ohne daß dieser Prozentsatz beziffert würde, heißt es sodann auf Seite 155 der Studie: „Die Abstufung von nicht rechtsextrem, latent und manifest rechtsextrem hat sich als notwendig erwiesen [...]“, das heißt, jetzt werden die „teils-teils-Antworter“ doch insgesamt als latent rechtsextrem gekennzeichnet. Summa summarum halten die Autoren knapp zwei Drittel der Befragten für latent oder manifest rechtsextrem. Sie beziffern den Anteil der Rechtsextremisten auf 390 Befragte (Sum-

---

8 Ebd.; S. 52 f.

9 Ebd., S. 72 f.

10 Ebd., S. 102.

11 Ebd.; S. 154.

menwert > 63), von denen 109 einen Grenzwert > 72 erreichen. Bezogen auf die 4 800 Befragten wären dies 8,0 bzw. 2,2 Prozent.

In der Studie werden jedoch keine Prozentzahlen für den Anteil der Rechtsextremisten in Ost und West angegeben. In einem Interview mit dem Deutschlandradio vom 8. November 2006 erwähnt einer der Autoren, 8,6 Prozent aller Deutschen würden ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild aufweisen (Ost 6,6 und West 9,1 Prozent). Diese Diskrepanz deutet darauf hin, daß sich nur für etwa 4 500 Befragte eine Gesamtskala erstellen ließ. In dem erwähnten Interview behauptet einer der Mitautoren, nur Personen, die den achtzehn Items mehr oder weniger deutlich zugestimmt hätten, würden als „Rechtsextreme mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ bezeichnet werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich auch in der Studie selbst auf Seite 42, wo es heißt: „Bei Personen, die gleichermaßen allen Aussagen je Skala zugestimmt haben, sprechen wir von einem entsprechend geschlossenen rechtsextremen Weltbild.“ Wie in dieser Expertise weiter hinten ausgeführt wird, stimmen die Behauptungen jedoch nicht. Selbst für die kleine Gruppe, die auf einen Summenwert von mehr als 72 kommt, trifft diese Zuschreibung nicht zu, weil es wahrscheinlich Befragte gibt, die einigen Items uneingeschränkt zustimmen und anderen wieder nicht und trotzdem auf 72 und mehr Punkte kommen. Die Autoren verwechseln anscheinend Durchschnittswerte mit einer differenzierten Zustimmung oder Ablehnung von Items. Kurzum: Ein Summenwert von 72 entspricht zwar mathematisch dem Ergebnis von  $18 \times 4$ , läßt sich aber auch anders zusammensetzen. Wer zwölf Items uneingeschränkt zustimmt, einem teils/teils zustimmt und fünf überwiegend ablehnt, fällt ebenfalls unter diese kleine Gruppe von Rechtsextremisten.

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS/WASG	NPD/DVU/ Republikaner	Nicht- wähler
Grenzwert > 63 (N=390)	35,1	34,4	1,8	4,4	1,8	5,9	16,7
Grenzwert > 72 (N=109)	30,3	24,8	0	1,8	0,9	14,7	27,5

Tabelle 3: *Was wählen Rechtsextreme? (in Prozent)*<sup>12</sup>

Erstaunlicherweise wählt nach dieser Studie nur eine Minderheit von knapp 6 bzw. knapp 15 Prozent rechtsextreme Parteien, während Union und SPD deutlich mehr rechtsextreme Stimmen auf sich vereinen können. Die Autoren werten dies als Integrationsvermögen dieser Parteien. „Hier zeigt sich, daß die großen Parteien Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild in ihre Wählerschaft integrieren können. Sie schaffen es deutlich besser als die rechtsextremen Parteien selbst, diese Wählerschaft an sich zu binden.“<sup>13</sup> Ansatzweise suggerieren sie damit, daß die beiden großen Parteien von Rechtsextremisten als wählbar eingeordnet werden, weil sie bestimmte Dimensionen rechtsextremen Denkens mit ihrer Politik vertreten. Gewerkschaftsmitglieder stimmen bei dieser Befragung geringfügig höher als Nichtmitglieder den einzelnen Teilskalen einer rechtsextremistischen Einstellung zu. Selbst Protestanten und Katholiken haben reichlich rechtsextremistisch Eingestellte unter sich. Knapp

<sup>12</sup> Ebd., S. 53.

<sup>13</sup> Ebd.

28 Prozent der Protestanten gelten für die Autoren als ausländerfeindlich und mehr als jeder fünfte Katholik als Chauvinist.

	West			Ost		
	2002 (N = 995)	2004 (N = 1879)	2006 (N = 3845)	2002 (N = 978)	2004 (N = 563)	2006 (N = 987)
Befürwortung Diktatur*	6,5	6,3	4,4	8,9	6,9	6,5
Chauvinismus	20,8	19,9	20,1	15,7	15,9	16,1
Ausländerfeind- lichkeit	23,7	25,5	25,7	30,2	25,4	30,6
Antisemitismus*	13,8	10,9	9,5	4,8	7	4,2
Sozial- darwinismus	5,3	5,5	4	5,1	9,3	6,2
Verharmlosung Nationalsoz.	5,3	4,6	4,6	2,8	3,8	2

(Mit \* gekennzeichnete Werte sind statistisch bedeutsam unterschiedlich, -> Chi-Quadrat nach Pearson  $p < .01$  Westwerte, Ostwerte:  $p < .05$ .)

Tabelle 4: Dimensionen rechtsextremer Einstellungen im Zeitverlauf (in Prozent)<sup>14</sup>

Der Vergleich mit den Ergebnissen zweier Umfragen mit dem gleichen Fragebogen aus den Jahren 2002 und 2004 zeigt eine hohe Konstanz bei dem Anteil der nach Meinung der Autoren rechtsextremistisch eingestellten Personen. Bei den meisten Teilskalen zeigt sich indes zwischen 2002 und 2006 eine leichte Abnahme der Zustimmungswerte. Die Autoren nehmen insbesondere die hohen Werte bei der Teilskala „Ausländerfeindlichkeit“ zum Anlaß, „höchste Aufmerksamkeit“ zu fordern. „Ausländerfeindlichkeit scheint [...] für weite Teile der Bevölkerung geschlechts- und bildungsunabhängig konsensfähig zu sein.“<sup>15</sup> Sie hinterfragen indes nicht, woher diese hohen Zustimmungswerte kommen und ob die Bejahung ihrer Statements tatsächlich auf eine ausländerfeindliche Grundhaltung hindeutet.

Die Zusammenstellung der Ergebnisse und ihre Interpretation nach Bundesländern widersprechen jeglicher wissenschaftlicher Seriosität. Weder wird offengelegt, wie sich die Stichprobe der Befragten in den einzelnen Bundesländern zusammensetzt, noch scheint sichergestellt zu sein, daß diese repräsentativ oder zumindest vergleichbar ist. Für Nordrhein-Westfalen und Bayern erreicht zumindest die Anzahl der Befragten mit 1 051 und 714 ein formal einigermaßen hinreichendes Niveau, für andere Bundesländer aber sind die Zahlen schon allein auf Grund des Umfangs der Befragten nicht aussagekräftig. So wurden in Mecklenburg-Vorpommern 112 Personen befragt, in Hamburg 102, in Hessen 319 und in Berlin etwas über 200. Die Ergebnisse sind schon vor diesem Hintergrund mit Vorsicht zu genießen. Eine Aufschlüsselung der Befragten nach Alter, Geschlecht, Berufssituation etc. erfolgt bei der Darstellung der Ergebnisse nach Bundesländern nicht.

14 Ebd., S. 58.

15 Ebd., S. 64.

	Befürwortung Diktatur	Chauvi- nismus	Ausländer- feindlichkeit	Anti- semitismus	Sozialdarwi- nismus	Verharm- losung NS
Bad-Würt. N = 553	2	9,8	14,5	11,6	1,1	6,3
Bayern N = 714	10,6	34,2	42,4	16,4	6,4	8,1
Saarland N = 58	-	-	3,4	-	-	-
Berlin (W) N = 116	4,3	9,5	13,8	6,9	1	1,7
Schl.-Hol. N = 186	7,5	13,4	22,6	7	5,4	5,9
HH N = 102	2,9	19,6	13,7	1	2	-
N.-Sachs. N = 469	1,9	14,6	31,4	4,3	3,4	1,7
Bremen N = 41	4,9	7,3	17,1	-	4,9	2,4
NRW N = 1051	2,7	22,1	24,5	10,4	4,7	4,2
Hessen N = 319	4,7	25,7	28,1	7,2	6,3	4,1
Rh.-Pfalz N = 236	3	13,6	13,6	4,3	1,3	1,7
Bran.burg N = 145	2,8	20,7	49,7	1,4	2,1	-
Meck-Pom N = 112	20,5	30,1	34,5	5,3	13,3	4,4
Sachsen N = 296	5,4	12,5	24,7	2,7	1,7	0,3
S-Anh. N = 194	4,1	15,5	39,7	2,6	6,2	0,5
Thüringen N = 147	5,4	12,9	21,8	10,9	14,3	4,8
Berlin (O) N = 93	5,4	9,7	9,7	4,3	5,4	6,5

Tabelle 5: Ergebnisse nach Bundesländern (in Prozent)<sup>16</sup>


---

16 Ebd., S. 44 ff.

Die hohe Schwankungsbreite der Ergebnisse sowohl innerhalb des Ostens als auch des Westens deutet auf deren Fragwürdigkeit hin. So befürworten zum Beispiel 2,8 Prozent der Befragten in Brandenburg, aber 20,5 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern eine rechtsgerichtete Diktatur. Aber auch die Unterschiede zwischen Brandenburg und Ost-Berlin fallen nachgerade absurd aus. Während in Brandenburg knapp jeder Zweite angeblich ausländerfeindlich eingestellt ist, ist es in Ost-Berlin angeblich nicht einmal jeder Zehnte. In den alten Ländern äußern sich in Hamburg nur knapp 14 Prozent ausländerfeindlich, in Bayern aber gut 43 Prozent. Bei allen Teilskalen zeigen sich im Vergleich der Bundesländer Schwankungsbreiten, die nachdrücklich auf die fehlende Aussagekraft der Ergebnisse hinweisen. Zudem widersprechen vor allem die Ergebnisse für die neuen Länder eklatant denen anderer Studien. Bayern kommt bei allen sechs Teilskalen auf die höchsten Zustimmungsraten. Niedersachsen und vor allem West-Berlin überraschen dagegen positiv mit niedrigen Zustimmungswerten, aber auch

Ost	2004	2005
Brandenburg	105	97
Berlin	56	48
Mecklenburg-Vorpommern	21	28
Sachsen	63	89
Sachsen-Anhalt	71	107
Thüringen	34	53
Gesamt (Ost):	350	422
West		
Baden-Württemberg	67	71
Bayern	42	77
Hansestadt Bremen	1	9
Hessen	25	25
Hansestadt Hamburg	9	20
Niedersachsen	101	119
Nordrhein-Westfalen	116	121
Rheinland-Pfalz	17	24
Schleswig-Holstein	41	55
Saarland	7	15
Gesamt (West)	426	536
Gesamt: (Deutschland)	776	958
Anteil Ost an Deutschland insgesamt	45,1%	44,1%

Anteil der Bevölkerung Ost an Deutschland insgesamt etwa 20 Prozent.

Tabelle 6: *Rechtsextreme Gewalttaten im Ost-West-Vergleich (absolute Zahlen)*<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Quelle: Verfassungsschutzbericht 2005, S. 31.

Ost-Berlin liegt noch in den meisten Teilskalen deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt. Die Ergebnisse nach Bundesländern entsprechen in keiner Weise den Umfrage- und Wahlergebnissen für rechtsextreme Parteien und stehen ebenso konträr zu der geographischen Verteilung von rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten. Sachsen zum Beispiel, wo die NPD mit einem außerordentlich guten Ergebnis in den Landtag eingezogen ist, verzeichnet nach dieser Umfrage bei den meisten Teilskalen ein Ergebnis, das unter dem des westdeutschen Durchschnitts liegt. Die Autoren gehen über derartige Widersprüche leichtfertig hinweg und werten das Ergebnis von Sachsen wie folgt: „Trotzdem weist die Einstellung auf ein ausgeprägtes Wahlpotential hin.“<sup>18</sup> Wenn dies stimmen würde, müßte das Wahlpotential in Bayern ein Vielfaches betragen.

Ein Vergleich der registrierten rechtsextremen Gewalttaten im Ost-West-Vergleich und zwischen den einzelnen Bundesländern hätte die Autoren auf die Widersprüchlichkeit ihrer Ergebnisse und vor allem ihrer Schlußfolgerungen hinweisen müssen. Der Anteil militanter Personen, das heißt von nichtorganisierten Skinheads und Neonazis, liegt in Ostdeutschland, gemessen an der Bevölkerungszahl, deutlich höher als im Westen. Dementsprechend wurden im Osten seit der Vereinigung auch überproportional viele rechtsextreme Gewalttaten verübt. Polizei und Bundesverfassungsschutz registrierten im letzten Jahr in den neuen Bundesländern und in ganz Berlin insgesamt 422 entsprechende Delikte, das sind 44,1 Prozent der deutschlandweit verübten Taten. Pro Kopf der Bevölkerung wurden hier mehr als doppelt so viele rechtsextreme Gewalttaten wie in Westdeutschland verübt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Straftaten. In Bayern gab es im Jahre 2005 laut Verfassungsschutzbericht des Bundes pro 100 000 Einwohner 0,62 rechtsextreme Gewalttaten, in Sachsen dagegen 2,07, in Brandenburg 3,78 und in Sachsen-Anhalt sogar 4,29. Die Autoren verzichten im Vergleich der Bundesländer auf eine Quantifizierung der von ihnen als rechtsextremistisch eingestuft. So bleibt offen, ob die Ergebnisse in den Teilskalen sich auch in einem entsprechenden Anteil von Rechtsextremisten widerspiegeln oder ob die Teilergebnisse so disparat sind, daß keine Korrelation existiert. In welchen Ländern die 390 bzw. 109 Personen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild leben, bleibt offen.

### *Die rechtsextreme Mitte?*

Die Autoren der Studie orientieren sich in der Operationalisierung und Argumentation an soziologischen Ansätzen, die von einem „Extremismus der Mitte“ ausgehen. Diese Konzeption wurde in den neunziger Jahren im Kontext der Debatte um fremdenfeindliche Gewalt zu einem modischen Schlagwort vor allem linker Kritiker der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Hiernach befinden sich die äußerste Rechte bzw. deren Einstellungen nicht mehr am Rand des politischen Spektrums, sondern in dessen Mitte. Indem die Gesellschaft – Medien und große Parteien – den Rechtsextremismus als Randproblem einer gewaltbereiten und gewalttätigen jugendlichen Subkultur betrachtet, entlastet sie sich angeblich selber von gesellschaftlichen Ethnisierungstendenzen. Den Wissenschaftlern und Publizisten, die in zugespitzter Form die These eines „Extremismus der Mitte“ vertreten, geht es letztlich um eine generelle Kritik am Gesellschaftssystem und den politischen und ökonomischen Eliten. Diese und weniger rechtsextremistische Parteien selber würden den Weg in eine autoritäre Gesellschaft vorbereiten. Die „politische Mitte“ habe in den Parlamentsdebatten

---

18 Ebd., S. 47.

über rechtsextremistische Anschläge, Fremdenfeindlichkeit und die Änderung der Asylgesetze rechtspopulistische und fremdenfeindliche Deutungsmuster in die politische Arena eingebracht und sie dadurch gleichsam normalisiert. Daher stellte sich die Frage, ob nicht durch den „offiziellen“ Umgang mit dem Rechtsextremismus die Erosion dieser Demokratie aus der Mitte heraus betrieben werde. Jedenfalls sei die „politische Mitte“ nicht davor gefeit, sich selbst aktiv zum Sprachrohr rechter Wirklichkeitsdeutung und Politikbeeinflussung zu machen oder sich dazu von den rechtsextremistischen Parteien instrumentalisieren zu lassen. Nahezu alle öffentlichen Diskurse über Zuwanderung, deutsche Leitkultur, Nationalstolz, demographische Entwicklung und ähnliches werden von linken Autoren als Beleg dafür angeführt, wie und in welchem Maße die politische Klasse die Themen der Rechtsextremisten hoffähig mache.

Die geschlechtsspezifische Auswertung zeigt bei allen Teilskalen bei Männern höhere Zustimmungswerte als bei Frauen. Der Erwerbsstatus hat ebenfalls Einfluß auf die Ergebnisse. Arbeitslose und Rentner/Pensionäre führen die Rangliste der nach Meinung der Autoren rechtsextremistisch Eingestellten an. Als besonders anfällig erweisen sich die über 60-Jährigen, die bei allen Teilskalen die höchsten Werte erzielen. Vor allem bei den Teilskalen „Chauvinismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“ kommen sie mit 22 bzw. knapp 33 Prozent auf deutlich höhere Quoten. Die hohen Zustimmungswerte der über 60-Jährigen bei diesen Teilskalen sind aller Wahrscheinlichkeit nach auf ein im Vergleich zu den Jüngeren unterschiedliches Verständnis einiger Items/Statements zurückzuführen.

Da sowohl Wehrpflichtige und Auszubildende, Erwerbstätige, Arbeitslose, Hausfrauen/Hausmänner und Ruheständler mehr oder weniger ausgeprägt den Teilskalen zustimmen, schlußfolgern die Autoren auf eine in allen Bevölkerungsteilen vorhandene rechtsextremistische Gesinnung. Dabei ignorieren sie, daß Arbeitslose den Items in weit höherem Maß als Erwerbstätige zustimmen. Da zudem die Erwerbstätigen nicht nach Qualifikationsniveau, Bildungsstand oder Einkommenshöhe differenziert werden, sagen die Ergebnisse für sich genommen überhaupt nichts aus. Die zentrale These der Autoren, der Rechtsextremismus finde sich in der Mitte der Gesellschaft, wird also nicht etwa – wie es wissenschaftlich seriös wäre – dadurch belegt, daß die Rechtsextremisten nach Alter, Geschlecht, Bildungsstand etc. aufgeschlüsselt werden, sondern durch die Zustimmung einzelner zu einzelnen Dimensionen, das heißt zu den Teilskalen einer rechtsextremistischen Einstellung. Warum die Autoren darauf verzichten, die Rechtsextremisten zu klassifizieren, bleibt ihr Geheimnis. Neben den weichen Formulierungen untermauern die Autoren ihre Zentralthese vor allem mit methodischen und statistischen Tricks.

In einer Presseerklärung behaupten die Verfasser explizit, Rechtsextremismus sei „in der Mitte der Gesellschaft angelangt“. Als Begründung führen sie an: „Zu interessanten Aussagen kommt die Studie auch mit Blick auf die soziale Situation der Personen, die rechtsextreme Aussagen unterstützen. So stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluß denen im Durchschnitt weniger zu, Frauen seltener als Männer. Eine unter allen Aspekten größere Zustimmung erteilten Arbeitslose, gefolgt von Befragten im Ruhestand. Dennoch läßt sich zusammenfassen, daß sich die Gruppe der rechtsextrem Denkenden aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutiert.“ Den Autoren geht es also nicht um einen Beleg für Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft, sondern darum, daß aus allen Schichten der Gesellschaft rechtsextremistischer Gesinnung zugeordneten Aussagen zugestimmt wird. Wer auch nur bei einer Teilskala, zum Beispiel beim „Chauvinismus“ oder bei „Ausländerfeindlichkeit“, überwiegend oder voll zustimmt, gilt hiernach schon als rechtsextrem. Damit inflationiert der Begriff



„Rechtsextremismus“. Wer jedoch behauptet, Rechtsextremismus sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen, müßte zumindest nachweisen, daß eine nennenswerte Zahl von Personen aus der sozialen oder politischen Mitte von rechtsextremistischem Gedankengut infiziert ist. Diesen Nachweis führen die Autoren jedoch nicht. Allein die geringe Zahl von Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild von 390 bzw. 109 unter knapp 5 000 Befragten widerlegt ihre These. Diese Beweisführung ist ebenso brüchig wie die Hinweise auf einen Fahrlehrer, der Landtagsabgeordneter der NPD war, oder auf einen CDU-Bundestagsabgeordneten, der schwer erträgliche Thesen vertritt, die zum Teil auch von Rechtsextremisten benutzt werden.

Nach der Logik der Autoren ließe sich ebenso – und vielleicht in noch höherem Maße – linksextremistisches Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft erkennen, da eine nennenswerte Zahl von Befragten wahrscheinlich auch einigen Thesen, die von Linksextremisten vertreten werden, befürworten würden. Die vorgenommene Korrelation zwischen Parteianhängerschaft und Zustimmung zu den Teilskalen zeigt, daß erstaunlicherweise nur bei Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus in Westdeutschland eine Mehrheit der Sympathisanten von rechtsextremen Parteien den Teilskalen mehrheitlich zustimmt. Allerdings gehen auch nur 37 Rechtsextremisten in Westdeutschland und 11 Rechtsextremisten in Ostdeutschland in die Auswertung mit ein. Die überwiegende Mehrheit der Personen, die die Teilskalen bejaht hat, verortet die Studie unter den Parteianhängern der Union und der SPD. Allerdings bezeichnen die Autoren an dieser Stelle implizit sogar alle Personen, die einer Teilskala zugestimmt haben, schon als „rechtsextrem“. Im Westen gilt hiernach gut jeder fünfte Parteianhänger von Union und SPD als chauvinistisch und mehr als jeweils jeder vierte als ausländerfeindlich. Im Osten bejahte jeder dritte Anhänger der PDS die drei ausländerfeindlichen Items. Unter den Anhängern dieser Partei gibt es mehr „Ausländerfeinde“ als unter denen der Union und der SPD (28,1 bzw. 22,9 Prozent).

### *Fragwürdige Interpretation auch bei anderen Untersuchungsfeldern*

Die Items des Autoritarismus-Fragebogens sind ähnlich fragwürdig wie die des Fragebogens zum Rechtsextremismus. So gilt den Autoren jemand bereits dann als autoritär, wenn er dem Statement „Dankbarkeit für führende Köpfe“ zustimmt und Gehorsam des Kindes gegenüber den Eltern für dienlich hält. Nachgerade absurd wird es, wenn die Autoren sich darüber wundern, daß 74 Prozent im Osten und 80 Prozent im Westen das Item „Kriminalität und sexuelle Unmoral lassen es unumgänglich erscheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren“ befürworten. Angesichts des justiziellen Umgangs mit Gewalt- und Sexualstraftätern, wovon gerade in jüngster Zeit mehrere Beispiele zeugen, kann dieses Ergebnis den aufmerksamen Beobachter eigentlich nicht überraschen. Für die Autoren jedoch sind nach ihren Ergebnissen die Deutschen ein Volk von autoritär Eingestellten. Die Korrelation zwischen rechtsextremistischer und autoritärer Einstellung offenbart ein obskures Bild. So stimmen zwar generell mehr Rechtsextreme den einzelnen Items der „Autoritarismus-Skala“ zu, aber die Gruppe der „harten“ Rechtsextremen (Summe > 72) kommt auf niedrigere Zustimmungswerte als die große Gruppe der „weichen“ Rechtsextremisten (Summenwert > 63). Den Autoren ist diese Differenz keine Zeile wert.

Ähnlich absurde Fragen stellen die Interviewer zur sozialen Dominanzorientierung und zum Sexismus und erhalten entsprechende Ergebnisse. So sollen zum Beispiel die Befragten dem Statement „Die jetzige Beschäftigungspolitik benachteiligt die Frauen“ zustimmen, um nicht als sexistisch zu gelten. Ein Blick auf die Arbeitsmarktzahlen in

Ostdeutschland zum Beispiel offenbart jedoch, daß die Beschäftigungspolitik in den letzten Jahren Frauen eher bevorzugt als benachteiligt hat. Die Auswertung der Fragen zur Gewaltbereitschaft zeigen Westdeutsche als gewaltbereiter bzw. als zustimmungsfähiger für den Einsatz von Gewalt. Dies deckt sich zwar nicht mit der Realität, wird aber als belegt angesehen. Einige Aussagen sind wieder mißverständlich formuliert, so zum Beispiel die Zustimmung zur Anwendung von körperlicher Gewalt, wenn auf diese Weise Ordnung hergestellt wird. Offen bleibt dabei, ob es sich um die Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols oder um Gewalt von Individuen oder Gruppen handelt. Viele Mitglieder sogenannter Antifa-Gruppen, die nicht nur im sprichwörtlichen Sinn auf eigene Faust gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten vorgehen, gehören sicherlich auch zu den Befürwortern dieses Items.

Westdeutsche haben größeres Vertrauen in staatliche Institutionen und stimmen der Idee der Demokratie in etwas höherem Maße als Ostdeutsche zu. Die Vertrauenswerte dieser Studie – vor allem die der Ostdeutschen – liegen indes deutlich höher als die in anderen Studien, was dem im Vergleich zur Bevölkerungsstruktur deutlich größeren Anteil von Personen mit höherem Bildungsabschluß in dieser Befragung geschuldet sein könnte. Mit der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung in Deutschland zeigen sich drei Viertel der Westdeutschen und 57 Prozent der Ostdeutschen zufrieden, mit der praktizierten Demokratie dagegen nur 51 Prozent der West- und 27 Prozent der Ostdeutschen. Zum Erstaunen der Autoren stimmen 86 Prozent der Rechtsextremisten (Summenwert > 63) der Demokratie als Staatsidee zu. Sie befürworten sogar mehrheitlich (55 Prozent) das in der Verfassung niedergelegte politische System Deutschlands. Mit der praktizierten Demokratie sind immerhin noch 36 Prozent der Rechtsextremisten zufrieden. Damit liegen sie deutlich über dem Zufriedenheitswert der befragten Ostdeutschen.

	West	Ost	„weiche“ Rechts- extremisten	„harte“ Rechts- extremisten
Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsidee	95	92	86	73
Zufriedenheit mit der in der Verfassung niedergelegten Demokratie	75	57	55	42
Zufriedenheit mit der realen Demokratie	51	27	36	27

Tabelle 7: *Einstellungen zur Demokratie (in Prozent)*<sup>19</sup>

Zur Ehrenrettung der Ostdeutschen führen die Autoren an dieser Stelle wieder die kleine Gruppe der Rechtsextremisten (gut 2 Prozent) an, die bei der Befragung einen Summenwert von > 72 erreicht hat. Deren Zufriedenheit mit dem tatsächlichen politischen System liegt bei 27 Prozent und erreicht damit den Wert der Ostdeutschen. Von den Zahlen her ließe sich also schlußfolgern, daß Ostdeutsche und Rechtsextremisten in gleichem Umfang unzufrieden mit der tatsächlich praktizierten Demokratie sind. Doch bei der Interpretation eines gleichen Anteils beweisen die Autoren erneut ihre Phantasie. Bezogen auf die Ostdeutschen schreiben sie: Der „Ost-West-Vergleich zeigt ein solides demokratisches Fundament in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn auch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auszumachen sind, so sind diese doch im Hinblick auf die grundsätzlich hohe Akzeptanz der Demokratie nur gradueller Natur. Die Distanz zwischen der grundsätzlichen Zustimmung zur Demo-

<sup>19</sup> Quelle: Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, S. 71 ff.

kratie und der demokratischen Realität insbesondere im Osten kann ein Defizit an Partizipationsmöglichkeiten anzeigen. Möglicherweise ist der Osten mit hohen Erwartungen und eigenen, wenn auch jungen demokratischen Beteiligungsformen in die Einheit gestartet und zeigt sich nun von der Realität demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten enttäuscht.<sup>20</sup> Den Rechtsextremisten attestieren die Autoren dagegen, obschon sie zum Teil durchschnittlich bessere Werte als die Ostdeutschen erzielen: „Die Demokratie wird von den meisten Rechtsextremen zwar als Idee befürwortet, aber in ihrer Umsetzung in die Verfassungsnorm und -realität der Bundesrepublik nicht akzeptiert.“<sup>21</sup>

Beim Fragebogen zur sozialen Dominanzorientierung wird bei zwei Items eine deutliche Differenz zwischen den „normalen“ Befragten und den beiden Rechtsextremistustypen und ein Widerspruch sichtbar. So sagen nur 18 Prozent von ersteren „Einige Gruppen sind einfach weniger wert“, während das 49 bzw. 68 Prozent der Rechtsextremisten äußern. Bei einem anderen Item „Wir sollten gleiche Lebensbedingungen für alle schaffen“ allerdings liegen die Werte nur wenig auseinander (85, 82 und 77 Prozent), das heißt, mehr als drei Viertel aller Rechtsextremisten möchten gleiche Lebensbedingungen für alle schaffen. Den Widerspruch, daß zwischen 57 und 73 Prozent der Rechtsextremisten gleichzeitig das Item „Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören“ befürworten, lösen die Autoren nicht auf.

Rechtsextremistisch Eingestellte lassen eine höhere Bereitschaft zur individuellen oder delegierten Gewaltanwendung erkennen; allerdings ist auch in den beiden Rechtsextremismusgruppen nur eine Minderheit potentiell gewaltbereit. Jeder Dritte der harten Rechtsextremisten ist „in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um seine Interessen durchzusetzen“ (weiche Rechtsextremisten 21 Prozent, andere 14 Prozent). Der alten linksradikalen Provokationsstrategie „Man muß leider zu Gewalt greifen, weil man nur so beachtet wird“ stimmen 36 Prozent der harten und 23 Prozent der weichen Rechtsextremisten, aber nur 7 Prozent der anderen zu. Ein ähnliches Bild findet sich bei der Auswertung des Fragebogens zum Sexismus, wo Rechtsextremisten weniger als die anderen die „Diskriminierung von Frauen“ als Problem betrachten. Allerdings sehen hierin auch nur 53 Prozent der anderen Befragten ein Problem. Daß die „jetzige Beschäftigungspolitik die Frauen benachteiligt“, vermuten 61 Prozent der anderen, aber nur 47 bzw. 34 Prozent der Rechtsextremisten. Zumindest in Ostdeutschland liegen sie damit näher an der „Wahrheit“ als die anderen Befragten.

Zum Erstaunen der Autoren offenbaren die beiden konstruierten Rechtsextremistustypen ein relativ hohes Vertrauen in Institutionen des Rechtsstaates. Eine Mehrheit unter ihnen vertraut dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundestag, der Justiz und der Polizei. Das Vertrauen in politische Parteien ist bei ihnen in etwa ebenso ausgeprägt wie bei den anderen Befragten. Im Vergleich mit den Ostdeutschen äußern Rechtsextremisten (Summenwert > 63) bezogen auf die Bundesregierung, die Polizei und die politischen Parteien sogar einen höheren Vertrauenswert als die Ostdeutschen.

Da die Autoren die moderne Variante des Rechtsextremismus<sup>7</sup> (nationalistische *und* sozialistische Orientierung) nicht berücksichtigen, verwundert sie, daß es kaum einen Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Rechtsextremismus gibt, das heißt, ein gewichtiger Prozentsatz der „Rechtsextremisten“ schätzt sich selbst politisch eher links ein. Die Schlußfolgerung der Autoren, wonach „das Risiko des Rechtsextremismus [...] vor allem in der latenten Bereitschaft [besteht], antidemokrati-

---

20 Ebd., S. 82.

21 Ebd., S. 79.

sche und autoritäre Bewegungen zu unterstützen und Gewalt gegen Schwächere oder Unterlegene anzuwenden, wenn sich eine Gelegenheit hierzu ergibt“,<sup>22</sup> läßt sich freilich nicht verifizieren, da nur Minderheiten der Rechtsextremisten Institutionen des Rechtsstaates ablehnen und Gewalt befürworten. Die Vermischung von links- und rechtsextremistischen Einstellungen, die sich aus der Logik der Items ergibt, führt die Autoren sogar zu der kühnen Behauptung, „die politische Intervention wird nicht dadurch erleichtert, daß Rechtsextremismus auch bei Menschen anzutreffen ist, die sich selbst als ‚links‘ einschätzen“.<sup>23</sup> Gefühltes „Linkssein“ schütze nicht vor Rechtsextremismus. Da die Autoren den Extremismusbegriff ablehnen, kommt ihnen der Zusammenhang zwischen Extremisten linker und rechter Couleur, die die Ablehnung vieler Dimensionen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung teilen, nicht in den Sinn.

	Ost	Rechts- extremisten
Bundesverfassungsgericht	75	71
Bundestag	54	57
Justiz	65	63
Bundesregierung	44	48
Polizei	76	80
Politische Parteien	37	40

Tabelle 8: *Vertrauen in Institutionen des Rechtsstaats (in Prozent)*<sup>24</sup>

Nachfolgend untersuchen die Autoren, inwieweit soziale Faktoren für rechtsextreme Einstellungen bedeutsam sind (wirtschaftliche, soziale und politische Deprivation). Die Unterschiede zwischen rechtsextremen und nicht rechtsextremen Befragten, bezogen auf die soziale und politische Deprivation, sind nicht sehr hoch. Von daher sei „die weit verbreitete hohe Gewichtung der wirtschaftlichen Deprivation in der politischen Diskussion angesichts des vergleichsweise geringen Unterschieds zu relativieren“.<sup>25</sup> Selbst bei der Sorge um den Arbeitsplatz unterscheiden sich Rechtsextreme wenig von Nicht-Rechtsextremen. So haben 31,8 Prozent der Rechtsextremisten Arbeit und machen sich große Sorgen um ihren Arbeitsplatz (andere 25,8 Prozent). Arbeit und keine Sorgen um den Arbeitsplatz haben indes 68,2 Prozent der Rechtsextremisten gegenüber 74,2 Prozent der Nicht-Rechtsextremisten. Die Unterschiede fallen also kaum ins Gewicht. Zwischen den verschiedenen Dimensionen der Lebenszufriedenheit und Rechtsextremismus bestehen interessante Zusammenhänge. So zeigen die Teilnehmer mit einer ausgeprägten rechtsextremen Einstellung (Summenwert > 63) eine „insgesamt höhere Lebenszufriedenheit in den Bereichen Freizeit, Gesundheit, Einkommen und Wohnung sowie in der globalen Lebenszufriedenheit“.<sup>26</sup> Die Autoren interpretieren das Ergebnis wie folgt: „Ihre Lebenszufriedenheit [die der Rechtsextremisten; K.S.] ist im Vergleich zur restlichen Bevölkerung höher. Dieses Ergebnis ist interpretationswürdig. Möglicherweise profitiert hier das psychische Wohlbefinden von der rechtsextremen Einstellung. Rechtsextreme Einstellung kann entlastend wir-

22 Ebd.; S. 84.

23 Ebd.

24 Ebd., S. 70 u. 78.

25 Ebd., S. 89.

26 Ebd., S. 97.

ken, etwa durch Außenattributierung und damit die Bewertung des Erreichten verbessern. Weiterhin kann rechtsextreme Einstellung den familiären Binnenraum sichern helfen, etwa im Sinne einer ‚Wagenburgmentalität‘. Dies schafft eine höhere Binnenzufriedenheit.<sup>27</sup>

Das Erziehungsverhalten der Eltern, an das sich Rechtsextremisten erinnern, unterscheidet sich in einigen Punkten von dem der anderen Befragten, allerdings nicht in bedeutsamem Maße. In einer Skala von 2 („nein, niemals“) bis 8 („ja, ständig“) kommen die Rechtsextremisten bei „Ablehnung und Strafe durch Vater“ auf 3,02, die Nicht-Rechtsextremen auf 2,70, bei „geringer emotionaler Wärme durch den Vater“ auf 3,67 gegenüber 4,26. Vom Vater überfordert fühlten sich weder nennenswert viele Rechtsextremisten noch die anderen Befragten. Das Erziehungsverhalten der Mütter differiert noch weniger als das des Vaters. Die Unterschiede sind jedenfalls nicht so groß, als daß sich die Interpretation der Autoren – die Gruppe derjenigen, die über ein manifestes rechtsextremes Weltbild verfügt, habe einen deutlich autoritäreren Erziehungsstil mit viel Ablehnung und wenig Wärme erfahren – belegen ließe.

	Rechts- extreme	teils-teils- Antworte	Nicht- Rechtsextreme
Der sozial Anerkannte (N = 319)	4,4	53,8	41,8
Der Unscheinbare (N = 472)	3,6	53,6	42,7
Der verdeckt Rechtsextreme (N = 716)	3,9	64,1	31,9
Der Selbstsichere und Anerkannte (N = 350)	12,6	51,6	35,8
Der Mißtrauische und Autoritäre (N = 256)	12,6	53,3	34,1
Der Verlierer (N = 51)	41,2	39,2	19,6
Der gewaltbereite Isolierte (N = 228)	14,8	58,7	26,5
Der Gewaltbereite (N = 250)	7,6	55,6	36,8
Der Melancholische (N = 331)	10,4	40,2	49,4
Der konkurrierende Verdränger (N = n.a.)	8,8	55,3	35,9
Der unzufriedene Verdränger (N = 269)	11	56,1	33
Der Unflexible (N = 160)	10,3	63,5	26,3
Der Dominante (N = 346)	10,2	49,9	38,9
Der Umgängliche und Zuverlässige (N = 536)	7	54,1	38,9
Der Autoritäre (N = 227)	10,8	n.a.	n.a.
Befragte insgesamt (N = n.a.)	8,6	54,6	36,8

Tabelle 9: Anteil der Rechtsextremisten an Persönlichkeitstypen (in Prozent)<sup>28</sup>

Um zu ermitteln, wie sich die Rechtsextremisten auf die verschiedenen Gruppen und Persönlichkeitstypen in der Bevölkerung verteilen, werden auf Grund der Fragen im Gießen-Test (Persönlichkeitsstruktur) fünfzehn Typen gebildet, und zwar nach der sozialen Resonanz, der Dominanz, der Kontrolle, der Grundstimmung und der Durchlässigkeit. Von diesen fünfzehn Typen unterscheiden sich drei Gruppen durch besonders

27 Ebd.

28 Quelle: Ebd., S. 139 ff.; einige Angaben sind der Studie nicht zu entnehmen.

niedrige Rechtsextremismuswerte, während vier Gruppen einen besonders hohen Anteil aufweisen.

Abgesehen von der Frage, ob diese Persönlichkeitstypen realistisch sind, weisen die Ergebnisse auf die Fragwürdigkeit der Items und der Berechnungsmethode hin. Warum finden sich zum Beispiel unter den Selbstsicheren und Anerkannten mehr Rechtsextreme als bei den Autoritären und den Gewaltbereiten? Dies widerspricht zudem den Annahmen vom Zusammenhang zwischen einer autoritären Grundeinstellung und einer rechtsextremistischen Einstellung weiter vorne in der Studie. Daß sich unter den „unsicheren“ und „verdeckten Rechtsextremen“ die niedrigsten Anteile von Rechtsextremen finden lassen, scheint mir ebenfalls erklärungsbedürftig.

Unter den sozial anerkannten Typen finden sich nur 4,4 Prozent Rechtsextreme, bei den Unscheinbaren sogar nur 3,6 Prozent und bei den verdeckt Rechtsextremen nur 3,9 Prozent. Die Autoren nennen letztgenannten Typ „latent rechtsextrem“, weil der Anteil von „teils-teils-Antworten“ überdurchschnittlich hoch ausfällt. Zu diesem Typus zählen 716 Befragte, also relativ viele. Auffälligerweise ist gerade diese Gruppe weniger ausländerfeindlich, was sich die Autoren aber nicht erklären können. Der selbstsichere und anerkannte Typus kommt auf einen erstaunlichen Anteil von 12,6 Prozent rechtsextrem Eingestellter. Dieser Typus zeigt sich Gewalt nicht völlig abgeneigt, ist aber am wenigstens autoritär orientiert und tritt für das Ideal der Gleichwertigkeit von Gruppen ein. Warum gerade diese Gruppe mit einem hohen Selbstwertgefühl und einem in der Erinnerung positiven Erziehungsverhalten von Vater und Mutter zum Rechtsextremismus neigt, können die Autoren ebenfalls nicht erklären. Der Anteil der Arbeitslosen in dieser Gruppe ist zudem weit unterdurchschnittlich, der der Hochschulabsolventen liegt bei knapp 15 Prozent. Der Typus des Verlierers, dem allerdings nur 51 Befragte zugeordnet werden, weist mit 41,2 Prozent die meisten Rechtsextremen auf. Dies ist nicht verwunderlich, da hierzu viele Arbeitslose und wenige Hochschulabsolventen gehören. Als gewaltbereite Isolierte werden 228 Probanden eingestuft. Unter ihnen werden 14,8 Prozent Rechtsextremisten vermutet.

Einen durchschnittlichen Anteil manifest Rechtsextremer weisen der Typ des Gewaltbereiten, des Melancholischen, des konkurrierenden Verdrängers, des unzufriedenen Verdrängers, des Unflexiblen, des Dominanten, des Umgänglichen und Zuverlässigen sowie des Autoritären auf. „Im Durchschnitt aller 15 Typen sind 8,6% rechtsextrem, 54,6% stehen den Aussagen (teils/teils) unentschieden gegenüber, und 36,8% lehnen sie deutlich ab (nicht-rechtsextrem). Diese Durchschnittswerte über alle Typen ziehen wir bei der Interpretation als Erfahrungswert heran. Sie dienen damit als Grundlage, die Abweichungen in den einzelnen Typen zu interpretieren. Dies gilt auch für die Geschlechts- und Ost-West-Verteilung. Die Interpretation bezieht sich auf durchschnittlich 46,2% Männer und 53,8% Frauen, die Ost-West-Verteilung ist 79,5% West und 20,5% Ost. Im Mittel sind 8% der Befragten arbeitslos und 14,1% haben ein Studium abgeschlossen.“<sup>29</sup> Aus den Zuordnungen rechtsextremistisch Eingestellter zu den verschiedenen Typen schlußfolgern die Autoren, „wie stark Personen mit manifest und geschlossenem Weltbild in allen Schichten und Gruppen der Bevölkerung präsent sind. Nun ist zum einen dieser Befund auch in Bezug auf Persönlichkeitseigenschaften deutlich geworden, zum anderen ist sichtbar geworden, dass die Gruppe derjenigen, die rechtsextreme Aussagen nicht ablehnen oder nur in einzelnen Fällen zustimmen, in einzelnen Dimensionen durchaus auch gewichtige rechtsextreme Züge aufweisen. Der Rechtsextremismus ist in allen Typen vertreten. Auch wenn in einzelnen Gruppen we-

---

29 Ebd., S. 131.

niger manifeste Rechtsextreme zu finden sind, so stellt sich doch bei einer Feinanalyse heraus, dass diejenigen, die teils zustimmend, teils ablehnend antworten, zu einem gewissen Prozentsatz als latent Rechtsextreme bezeichnet werden müssen.<sup>30</sup> Das bedeutet im Klartext, ohne daß die Autoren sich trauen, es explizit zu formulieren, daß es neben den 8,6 Prozent Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (manifest) 54,6 Prozent latent Rechtsextreme gibt und nur 36,8 Prozent Nicht-Rechtsextreme, also: Fast drei Viertel der Bevölkerung sind angeblich entweder latent oder manifest rechtsextrem!!!

Die Autoren fassen die Ergebnisse ihrer Befragung wie folgt zusammen: „Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten. Wir haben festgestellt, dass der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Der Begriff des Rechtsextremismus ist für die politische Analyse offensichtlich zu ungenau. Dies zeigt sich sehr deutlich in den Zustimmungswerten zu einzelnen Aussagen, bei denen teilweise über 40% der Befragten zustimmen konnten. Aber auch auf den Skalen und bei einer Beschränkung auf geschlossene Weltbilder werden sehr hohe Werte erreicht.“<sup>31</sup>

Tatsächlich stellen die Rechtsextremisten selbst nach diesen weichen Formulierungen und der großzügigen methodischen Zuordnung aber nur eine Minderheit von deutlich unter 10 Prozent dar. Von der Zustimmung zu Teilskalen gleich auf rechtsextremistische Einstellungen zu schließen und diese als ein Problem der Mitte der Gesellschaft zu verorten, ist willkürlich, zumal eine genaue Aufschlüsselung der manifest Rechtsextremen nach Bundesländern, sozialem Status, Region, Alter, Geschlecht etc. fehlt. Die Zuordnung zu den einzelnen Persönlichkeitstypen kann diese fehlende Aufschlüsselung nicht ersetzen. Auch bei der Korrelation mit dem Dominanz- und dem Persönlichkeitsfragebogen werden keine großen Differenzen sichtbar. In einer Skala von 6 bis 42 ergibt sich bei den Rechtsextremisten ein Wert von 24,74 und bei den Nicht-Rechtsextremisten ein Wert von 25,36, bei der Durchlässigkeit mit der gleichen Skalenbreite ein Wert von 22,39 gegenüber 21,15. Warum die Autoren dennoch meinen, daß sich Rechtsextremisten als dominanter und unkontrollierter beschreiben, eine geringere soziale Resonanz und Durchlässigkeit hätten sowie eine depressivere Grundstimmung, dürfte selbst einem geneigten Leser ein Rätsel bleiben.

Der Zusammenhang zwischen einer depressiven Grundstimmung und einer rechtsextremistischen Einstellung fällt eher schwach aus. In einer Skala von 0 („überhaupt nicht depressiv“) bis 6 („beinah jeden Tag depressiv“) kommen Rechtsextremisten auf einen Mittelwert von 1,17, Nicht-Rechtsextremisten auf 0,91. Ein vergleichbares Bild erkennen wir bei der „Ängstlichkeit“, allerdings liegen hier auf einer Skala von 1 bis 4 die Werte sowohl bei den Rechtsextremisten als auch bei den anderen Befragten deutlich höher als bei der Depression. Rechtsextremisten sind in gleichem Maße wie die restliche Bevölkerung gegenüber Belastungen und Krisen gewappnet und auch im Selbstwerterleben unterscheiden sie sich nicht. Trotz der nur geringen Unterschiede bei den Korrelationen zwischen den verschiedenen Einstellungsmustern und einem rechtsextremistischen Weltbild ziehen die Autoren den Schluß, daß „Personen mit ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen weniger Sinn im politischen Engagement und für sich weniger Einflussmöglichkeiten auf die Regierung sehen. [...] Die Rechts-

---

30 Ebd., S. 154.

31 Ebd., S. 157 f.

extremen fühlen sich weniger akzeptiert und in ihrer Umgebung weniger wohl und sicher.<sup>32</sup>

Mittels zweier Regressionsmodelle ermitteln die Autoren einen Zusammenhang zwischen verschiedenen Einflußfaktoren und einer rechtsextremen Einstellung. Die höchsten Zusammenhänge bestehen bei einer hohen globalen Lebenszufriedenheit, einer hohen politischen Deprivation (geringer politischer Einfluß, was bei Rechtsextremisten nicht verwundert), bei geringer Durchlässigkeit bzw. einer verschlossenen mißtrauischen Mentalität, einer hohen positiven sozialen Resonanz, einem niedrigen Selbstwert und einer geringen emotionalen Wärme des Vaters. Allerdings sind auch hier die Zusammenhänge eher gering. Der höchste Betawert liegt bei 0.16. „Die Aufklärung der sozialen und psychischen Lebenssituation auf die ausgeprägte rechtsextreme Einstellung beträgt 20%, d.h. auch, daß 80% der unterschiedlichen Ausprägung der rechtsextremen Einstellungen nicht durch die Variablen erklärt werden.“<sup>33</sup>

Erkennbar werde angeblich, daß Personen, die teilweise rechtsextremen Einstellungen zustimmen, instabilere Persönlichkeiten sind als die Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Damit unsichere und instabile Personen nicht rechtsextrem werden, schlagen die Autoren folgendes vor:

- Stärkung politischer Partizipationsmöglichkeiten;
- klare Positionierung politischer Akteure gegen Ideologien der Ungleichheit wie Sozialdarwinismus und Autoritarismus;
- Stärkung des Selbstwertgefühls;
- aktive Familienpolitik zur Schaffung der „Bedingungen eines demokratischen Familienklimas“;
- Förderung einer stärkeren Anteilnahme von Vätern an der Kindererziehung;
- stärkere Menschenrechtserziehung;
- Einrichtung von Ganztagschulen;
- Die Politik darf Randgruppen nicht ausgrenzen und sollte „simplifizierende Zuschreibung der Verantwortung für gesellschaftliche Probleme auf so genannte ‚Sündenböcke‘ vermeiden (‚Sozialschmarotzer‘)“;
- besondere Aufmerksamkeit sollte Personen gelten, die teilweise rechtsextremen Einstellungen zustimmen.

### *Widersprüchliche Ergebnisse*

Die Autoren ziehen aus ihren Ergebnissen den Schluß, daß Rechtsextremismus kein Problem des Verfassungsschutzes oder einzelner politischer Gruppierungen sei, sondern „jede gesellschaftliche Institution gefragt [sei], über Strategien gegen Rechtsextremismus nachzudenken und diese umzusetzen“.<sup>34</sup> Da auch im Zeitverlauf die Zustimmungswerte zu den einzelnen Teilskalen zwar schwanken, sich aber immer ein hoher Anteil an Zustimmenden finden läßt, halten die Autoren rechtsextremistische Einstellungen für verfestigt. Obschon mit den Fragebögen nur Einstellungen abgefragt werden, wird im Fazit behauptet: „Wie sich im Autoritarismus-Fragebogen und im Fragenbogen zur sozialen Dominanzorientierung zeigte, werden insbesondere scheinbar Unterlegene und Minderheiten zum Objekt dieser Aggression.“<sup>35</sup> Gleichzeitig wird

---

32 Ebd. S. 113.

33 Ebd., S. 127.

34 Ebd., S. 158.

35 Ebd., S. 159.



unterstellt, daß diejenigen, die hohe Summenwerte aufweisen, Gewalt gegen Schwächere oder Unterlegene anwenden würden, „wenn sich eine Gelegenheit hierzu ergibt“.<sup>36</sup> Woher die Autoren dieses Wissen beziehen, erläutern sie leider nicht. Weil die Fragen so formuliert wurden, daß insbesondere Ältere bei „Ausländerfeindlichkeit“, „Chauvinismus“, aber auch bei „Antisemitismus“ eher zustimmen, überrascht es nicht, daß mehr Alte als Junge den Autoren als „rechtsextrem“ gelten. Aus der statistischen Wahrnehmung, daß sich auch Erwerbstätige mit 38,4 Prozent unter den Rechtsextremen befinden, wird der Schluß gezogen, „daß die Rechtsextremen in allen Schichten der Bevölkerung vertreten sind. Dies bedeutet auch, daß sich die Intervention nicht auf die Zielgruppen Jugendliche und Menschen in schwierigen wirtschaftlichen Situationen beschränken dürfen“.<sup>37</sup> Unter „allen Schichten“ der Bevölkerung verstehen die Autoren offensichtlich Arbeitslose, Erwerbstätige und Ruheständler. Eine nach sozialen Schichten oder anderen Kriterien aufgeschlüsselte Zuordnung nehmen sie nicht vor.

Angesichts der Präsenz von Rechtsextremisten – zumindest im Osten des Landes – reicht es nach Meinung der Autoren nicht mehr aus, ordnungsrechtlich mit Polizei und Justiz gegen Rechtsextremisten vorzugehen, sondern es müsse eine inhaltliche Auseinandersetzung mit politisierendem Charakter stattfinden. „Die Abgrenzung der Vertreter demokratischer Parteien von Rechtsextremisten muss inhaltlich gelingen, nicht nur in der direkten Auseinandersetzung, sondern in der inhaltlichen Abgrenzung von allen Politikfeldern.“<sup>38</sup> Die Autoren unterstellen insofern nicht nur, daß es bisher keine inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Gedankengut gegeben habe, sondern auch, daß sich die demokratischen Parteien nicht deutlich genug von Rechtsextremisten abgrenzen. Ausgangspunkt ist allerdings ihr eigenes Gesellschaftsverständnis und nicht das der demokratischen Parteien. Nach ihrer Logik können sich die demokratischen Parteien überhaupt nicht von „rechtsextremistischem Gedankengut“ abgrenzen, da sich unter ihren Parteianhängern angeblich so viele Personen mit latenten und manifesten rechtsextremistischen Einstellungen befinden. Die Autoren wollen den Rechtsextremismus umfassend bekämpfen und fordern nicht mehr und nicht weniger als weitgehende Veränderungen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen: „Neben der direkten Konfrontation von demokratischen Inhalten mit rechtsextremen Inhalten müssen die sozio-ökonomischen Verhältnisse, die den Rechtsextremismus begünstigen, geändert werden. Das betrifft die Arbeitsmarktpolitik, Raumordnung, Wohnungsbau und Sozial- wie Bildungspolitik.“<sup>39</sup>

Zur Ausbreitung der Ausländerfeindlichkeit haben nach Meinung der Autoren die demokratischen Parteien selber beigetragen, indem sie „mindestens in der Tendenz ausländerfeindliche Positionen“<sup>40</sup> übernommen haben, um Wählerschichten an sich zu binden. Indem demokratische Parteien populistisch rechtsextreme Thesen übernehmen, begünstigen sie nach Meinung der Autoren den rechtsextremen Mainstream. „Beim Einsatz von scheinbar relativ harmlosen ausländerfeindlichen Strategien durch demokratische Parteien muss bedacht werden: Ausländerfeindlichkeit ist die Einstiegsdroge in ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Deshalb ist bei diesem Thema höchste Sensibilität von politischen Akteuren gefordert, denn von Politikern

---

36 Ebd.

37 Ebd., S. 160.

38 Ebd., S. 166.

39 Ebd., S. 167.

40 Ebd., S. 167.

vertreter Rassismus führt zu Massenrassismus.“<sup>41</sup> Welche „ausländerfeindlichen Aussagen“ die demokratischen Parteien im Detail übernehmen, schreiben die Autoren allerdings nicht. Zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit fordern sie die Beseitigung einer angeblich strukturellen Ausländerfeindlichkeit in der Gesetzgebung. Sie behaupten, Ausländer seien in der Kriminalitätsstatistik deshalb so massiv vertreten, weil es Rechtsnormen gäbe, die nur sie brechen könnten. Daß Ausländer, vor allem junge, auch jenseits davon in der Kriminalitäts- und Gewaltstatistik überdurchschnittlich häufig vertreten sind, ignorieren die Autoren. Die Kriminalitäts- und Gewaltstatistik begünstigt zudem nicht (einheimische) Deutsche, sondern eher Ausländer, da eingebürgerte, ehemals ausländische oder deutschstämmige Spätaussiedler als Deutsche gezählt werden.

Die Autoren fordern, jede Ausgrenzung von Gruppen, jede Abstempelung von Gruppen als Sündenbock etc. zu unterlassen, da dies „im Kern auf einer rechtsextremen Einstellung basiert“<sup>42</sup> und die „Ungleichwertigkeit von Menschen im Alltag legitimiert und verfestigt“.<sup>43</sup> Folgt man der Logik der Studie, sind auch Linke und Linksextreme, die Unternehmer immer noch als „Sündenbock“ für wirtschaftliche und soziale Probleme etc. kennzeichnen, im Kern rechtsextrem eingestellt. (Und – wie ist die Stigmatisierung von Rechtsextremisten zu bewerten?) Darüber hinaus halten es die Autoren für geboten, Mißstände im sozialen Bereich und Probleme bei der Integration nicht mehr zu thematisieren: „Jede Form von Denunziation von Arbeitslosen als zu faul, als nicht leistungsbereit oder die periodisch auftretende Ahndung von Transferempfängern als Betrüger schafft ein Klima der Stigmatisierung und Ungleichwertigkeit, das der Nährboden für rechtsextreme Einstellungen ist. Die Stigmatisierung von Ausländern und Leistungsbezieher schafft eine ‚Hackordnung‘, an deren unterstem Ende die Migranten stehen.“<sup>44</sup> Damit unterstellen sie, es gäbe keinen sozialen Mißbrauch und keine Probleme bei der Integration von Ausländern etc. Gerade eine solche Haltung begünstigt jedoch Rechtsextremismus, da die meisten Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld sehr wohl Leistungsmissbrauch sowie Gewaltbereitschaft und rassistisches Verhalten von einigen Ausländern erleben. Letztlich bedeutet die Argumentation der Autoren, daß alle Parteien, vor allem die Liberalen und Konservativen, gezwungen werden sollen, linke Inhalte in Fragen des Nationalgefühls, der Integration von Zuwanderern etc. zu übernehmen, da sie ansonsten Rechtsextremisten Vorschub leisten. Dabei ist es mehr als offen, ob es nicht genau umgekehrt ist: Wenn man gewisse Tabuthemen Rechtsextremen überläßt, können sie um so mehr Sympathien in der Bevölkerung einsammeln, da die Bevölkerung ja über derartige Erfahrungen verfügt.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus muß nach Meinung der Autoren vor allem ein Kampf um Bildung und um die Veränderung von Gegebenem sein, denn erst das mache Demokratie aus. Dazu müsse die Aus- und Weiterbildung der Lehrer verbessert werden, vor allem hinsichtlich der Menschenrechtserziehung und des kooperativen Lernens. Darüber hinaus solle die Wissensvermittlung weniger autoritär gestaltet werden. Lehrer sollten gegenüber undemokratischen und rechtsextremen Einstellungen Position beziehen. Ob indes ein Zuviel an Autorität an Schulen ein Problem ist oder ob wir nicht gerade an Haupt- und Gesamtschulen das ganze Gegenteil erleben, sei hier einmal dahingestellt. Damit Kinder von klein auf mit emotionaler Wärme aufwachsen,

---

41 Ebd., S. 168.

42 Ebd.

43 Ebd.

44 Ebd.

müssen sie sich möglichst lange in Kindergärten, Tagesstätten und Schulen aufhalten. Hiermit solle ein „Ausgleich familiärer Defizite“<sup>45</sup> erreicht werden. Mit dieser Forderung wird pauschal unterstellt, daß Kinder in staatlichen Sozialisationseinrichtungen mehr Wärme und Zuneigung empfangen als zu Hause. Für eine kleine Minderheit von Kindern gerade aus Zuwandererfamilien und aus bildungsfernen Schichten mag dies zutreffen, aber keinesfalls für die breite Masse der Kinder aus den Mittelschichten. Die Väter sollten sich nach Meinung der Autoren stärker an der Erziehung beteiligen. Das sei eine Aufgabe der Politik und der Zivilgesellschaft. Auch hier wird also ein direkter Eingriff des Staates gefordert, ohne daß jedoch formuliert wird, wie dies geschehen soll.

Da in den Lehrplänen nicht steht, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, komme es zu Defiziten im Umgang mit Ausländern und Migration. „Integration muss von einem Sonderthema zum Querschnittsthema des Unterrichts gemacht werden. Ähnlich wie im Gender-Mainstreaming müssten im Zuge eines Migrationsmainstreaming etwa die Lehrpläne auf die Würdigung der Einwanderungsgesellschaft hin überprüft werden. Zudem sollten Migranten nicht nur im Kontext von Vorurteilen thematisiert werden. Der Zusammenhang rechtsextremer Einstellungen mit Sexismus zeigt auf, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter weiterhin thematisiert werden sollte und Jungen und Mädchen gerade auch in der Schule die gleichen Rechte und Pflichten haben sollten. Kurz gesagt: Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wird eine an den Menschenrechten orientierte Bildung und Erziehung benötigt, die vermittelt, dass Menschenrechte universell sind und für alle Menschen gelten.“<sup>46</sup> Die Autoren scheinen gar nicht zu bemerken, daß sie mit letztgenannter Forderung weniger rechtsextrem Eingestellte ansprechen als Zuwanderer, vor allem Migranten aus islamischen Ländern, die Mädchen und Frauen nicht die gleichen Rechte zubilligen. Die Nichtteilnahme von muslimischen Mädchen am Sport und Schwimmunterricht, an Klassenfahrten etc. führt in vielen Schulen zu härtesten Konflikten. Davon haben die Autoren anscheinend noch nie gehört.

Die Autoren kommen zum Ergebnis, daß rechtsextreme Einstellungen weiter existieren werden und insofern der Kampf weitergehen muß, denn sie halten das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen für einen Skandal. Da Rechtsextremismus kein Individualproblem, sondern ein gesellschaftliches sei, müsse die Gesellschaftsordnung in den Blick genommen werden: „Es bleibt zu skandalisieren, dass rechtsextreme Einstellungen in diesem Ausmaß entstehen und existieren. Dass es dazu kommen kann, berührt auch die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft. Über den Rechtsextremismus kann man nicht ohne die Bereitschaft reden, auch die Verfasstheit dieser Gesellschaft zu thematisieren.“<sup>47</sup> Die Autoren fordern also nicht mehr oder weniger als einen Systemwechsel bzw. eine andere Gesellschaftsordnung. In einer Podiumsdiskussion – ausgestrahlt vom WDR 5 am 14. Dezember 2006 – bezeichnete Oliver Decker, einer der Mitautoren der Studie, den Kapitalismus als ursächlich für die Entstehung menschenfeindlicher und rechtsextremistischer Einstellungen.

Die von Oliver Decker und Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ ist inhaltlich, methodisch und in der statistischen Auswertung äußerst fragwürdig. Die zentrale These der

---

45 Ebd., S. 169.

46 Ebd., S. 171.

47 Ebd., S. 173.

Studie, Rechtsextremismus sei ein Phänomen bzw. Problem der Mitte, wird nicht belegt. Es erfolgt keine soziologische Aufschlüsselung der Rechtsextremisten (Summenwert > 63), sondern es wird lediglich nachgewiesen, daß auch Gewerkschaftsmitglieder, Erwerbstätige oder Kirchenmitglieder zu einem gewissen Prozentsatz den Teilskalen rechtsextremistischen Denkens zustimmen. So gelangen die Autoren zu ihrem Ergebnis, indem sie schon die Zustimmung zu einer Teilskala als rechtsextremistische Gesinnung einordnen. Diese Verflachung des Rechtsextremismusbegriffes wird der Realität in unserem Land in keiner Weise gerecht.